

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Februar 2020

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Peter Aebersold: Ex-“Pisa-Sieger” Finnland und der Klassenunterricht**
- **Wladimir Putin: Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs**
- **Jochen Mitschka: Deutschland muss wieder mehr Verantwortung übernehmen!**
- **Erklärungen und Mitteilungen zur Absage der ‘Internationalen Münchner Friedenskonferenz’**
- **Karin Leukefeld: Journalismus unter Druck**
- **Paul Craig Roberts: Der Stand der Irankrise**
- **Emran Feroz: Wie die “Mutter aller Bomben” Afghanistan verseucht hat**
- **Sara Flounders: ... Die Fakten über Xinjiang**
- **Frank Schumann: Ideologisches Zerrbild**
- **Werner Rügemer: Hongkong – der neue Systemkonflikt**
- **James O'Neill: ... Missverhalten des Westens hat ...**
- **Jon Hellevig: Kapitalismus in Amerika: Wie ein miserables Zehntel Amerika komplett ausraubt**
- **Gaby Weber: Chile: Die "Flaites" kämpfen als die neuen Akteure an vorderster Front**
- **Marco Wenzel: Die Rentenreform in Frankreich**
- **Werner Rügemer: Die Entfesselten**

Zitat des Monats von [Albert Einstein](#):

**Frieden kann nicht erzwungen werden;
er wird nur durch Verständnis erreicht.**

Editorial

Diese Ausgabe beginnt mit einem nicht überraschenden, aber wichtigen Hinweis zum Thema **Bildung**, da Bildung die Basis auch für Frieden und Demokratie ist. Dazu gehört auch die **historische Bildung**: Wir zeigen die Ausführungen des russischen Präsidenten zum Zweiten Weltkrieg, die hierzulande zwar polemisch kommentiert, aber kaum dokumentiert wurden. Das leitet über zur Kritik an den Plänen, die **Bundeswehr** verstärkt im Ausland einzusetzen, und zu dem Umgang z.B. der Stadt München mit den **nicht mainstream-gerechten Veranstaltern** einer Friedenskonferenz. Karin Leukefeld berichtet, wie **mainstream-gerechter Journalismus** funktioniert und organisiert wird.

Im internationalen Schwerpunkt zeigen wir Hintergründe zu den jüngsten Ereignissen im **Iran** (Roberts) und Folgen der Kriegsführung in **Afghanistan** (Feroz). Drei Beiträge über **China**, vor allem zu Xinjiang und Hongkong, setzen ein Gegengewicht zu überwiegend einseitigen Berichten anderer Presseorgane. James O'Neill rahmt dies ein durch einen historischen Rückblick auf die **Kriegsführungen des Westens** und drückt die Hoffnung aus, dass zivile Projekte, wie z. B. die neue 'Seidenstraße' in eine bessere Zukunft weisen.

Dass die Kriegspolitik auch innenpolitisch ihren Preis in **Form von sozialen Ungerechtigkeiten** hat, wird an weiteren Beispielen aufgezeigt: Jon Hellevig schildert dies am Beispiel der USA, Gaby Weber am Beispiel der in **Chile** ausgebrochenen Unruhen, Marco Wenzel am Beispiel der Rentenreform in **Frankreich** und Werner Rügemeier am Beispiel der Wohnungspolitik in **Deutschland**.

[Inhalt](#) ↑

• Peter Aebersold: **Ex-“Pisa-Sieger” Finnland und der Klassenunterricht**

Der Schweizer Pädagoge Peter Aebersold legt in seinem Artikel dar, dass der Unterricht im viel gelobten Finnland pikanterweise [vor allem aus solidem Klassenunterricht](#) besteht, der eine Sozial- und keine Unterrichtsform darstellt und zu Unrecht als “Frontalunterricht“ abgewertet wird. Im Klassenunterricht sind verschiedenste Unterrichts- und Arbeitsformen (Direkte Instruktion, Lehrervortrag, fragend-entwickelnder Unterricht, Unterrichtsgespräch, Demonstrationsexperimente, Kopfrechenübungen, soziale Spiele und viele andere Unterrichtsmethoden) möglich. Die größte Wirkung entfaltet diese Sozialform, wenn die Klasse oder Gruppe nicht zu groß und möglichst homogen zusammengesetzt ist. Für unterprivilegierte Schüler ist besonders die “Direkte Instruktion“ erfolgreich; trotzdem hat die US-Bildungsbürokratie diese Form eliminiert, während sie von John Hattie als höchst wirksam eingestuft wird.

[Inhalt](#) ↑

• Wladimir Putin: **Zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs**

Der russische Präsident Wladimir Putin referierte beim informellen GUS-Gipfel in St. Petersburg am 20.12.2019 über Archivmaterialien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges und lud die Teilnehmer zu einem Rundgang durch eine speziell organisierte Ausstellung ein. Teilnehmer des Gipfeltreffens waren neben Wladimir Putin der Präsident von Aserbaidschan, der Premierminister von Armenien, der Präsident von Weißrussland, der erste Präsident von Kasachstan, der

Präsident von Kirgisistan, der Präsident von Moldawien, der Präsident von Tadschikistan und der Präsident von Turkmenistan.

Putin führte aus, dass eine Überprüfung der Archive ergeben habe, dass es in dieser Zeit nicht nur den Molotow-Ribbentrop-Pakt gegeben habe sondern auch den 1934 unterzeichneten Pilsudski-Hitler-Pakt (Nichtangriffspakt), das deutsch-britische Seeabkommen von 1935 (der Hitler eine Marine erlaubte), ein weiteres deutsch-britisches Abkommen zwischen Chamberlain und Hitler sowie eine deutsch-französische Erklärung von 1938, den Vertrag zwischen Litauen und dem Deutschen Reich sowie den lettisch-deutschen Nichtangriffspakt von 1939. Putin betonte, dass die Sowjetunion dem Molotow-Ribbentrop-Pakt am 24.08.1939 erst zustimmte, nachdem "alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft waren und alle Vorschläge der Sowjetunion zur Schaffung eines einheitlichen Sicherheitssystems, d.h. einer Anti-Nazi-Koalition in Europa, abgelehnt wurden".

Putin erinnerte an den Vertrag von Versailles, dessen Reparationen erst am 03.10.2010 mit der letzten Zahlung von 70 Mio. Euro getilgt wurden. Der Versailler Vertrag legte mit seinen willkürlichen Grenzziehungen auch die Voraussetzungen für die so genannte Sudetenkrise, die am 13.09.1938 laut Münchner Abkommen mit der Rückkehr des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei ins Deutsche Reich enden sollte. Aber danach beanspruchte auch Polen in Absprache mit dem Deutschen Reich Teile des tschechoslowakischen Territoriums (Tešín); zudem regte Polen die Abtretung von 700'000 ungarischen Bewohnern in der Tschechoslowakei nach Ungarn an. Demgegenüber wollten Frankreich und England die Existenz des tschechischen Staates retten.

Putin hält das [Münchner Abkommen für einen Wendepunkt in der Geschichte](#), da danach der Zweite Weltkrieg unausweichlich geworden sei. Nach 1938 habe Hitler von den westlichen europäischen Staaten (nach deren Selbsteinschätzung) nicht mehr aufgehalten werden können. Allerdings hätten die Westmächte das Sicherheitssystem in Europa bewusst zerfallen lassen. Hitler betonte zwar, dass Polen ein wichtiger Faktor sei, Europa vor Russland zu schützen (Russen seien in den Augen der Polen Barbaren gewesen), was Hitler aber nicht dran hinderte, Polen am 01.09.1939 zu überfallen.

Gleich dreimal hintereinander hat Putin die historische Rolle Polens vor dem Zweiten Weltkrieg zum Thema gemacht: auf der großen Jahrespressekonferenz am 19.12.2019, bei einem Treffen der von Russland geführten Eurasischen Staatengemeinschaft am 20.12.2019 und bei einer Sitzung der Spitze des russischen Verteidigungsministeriums am 24.12.2019. Die Darstellung von Putin löste in Polen Wellen der Empörung und erhöhte Spannungen zwischen Warschau und Moskau aus. Dabei ist es nach Wolfgang Effenberger naheliegend, dass eine über Jahre oder Jahrzehnte als gültig erachtete historische Darstellung mit dem Zugang zu vormals unzugänglichen Dokumenten korrigiert werden muss – auch wenn es einem schwerfällt. Effenberger zitiert selbst zusätzliche Zeitzeugen, die die Darstellung von Putin stützen bzw. die Rolle Polens in einem neuen Licht erscheinen lassen. Effenberger erinnert daran, [dass man sich der Wahrheit nur nähern kann](#) und dass Geschichte eine Frage der jeweiligen Interpretation von Fakten und ihrem Zusammenhang bleibt.

[Wladimir Putin](#), Jg. 1952, seit 2012 russischer Staatspräsident. Ausgebildeter Jurist; 1985-1990 als KGB-Agent in der DDR tätig, ab 1998 Chef des Föderalen Sicherheitsdienstes FSB; 1999-2000 und 2008-2012 Ministerpräsident, 2000-2008 und seit 2012 Staatspräsident der Russischen Föderation. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jochen Mitschka: **Deutschland muss wieder mehr Verantwortung übernehmen!**

Jochen Mitschka greift die Äußerung von Annegret Kramp-Karrenbauer auf, die Bundeswehr stärker im Ausland einzusetzen. Mitschka schildert, wie das Establishment seit Jahrzehnten daran arbeitet, für seine expansive Aggressionspolitik keinen Widerstand aus der Bevölkerung zu bekommen. Dazu wurde auch die Friedensbewegung getötet, indem die Grünen die Front

gewechselt haben. Menschen, die sich in der Friedensbewegung engagieren und sich eine gewisse Reichweite erarbeitet haben, wie Daniele Ganser oder Willy Wimmer werden vielfältig desavouiert.

Für Mitschka ist es [höchste Zeit, endlich eine neue Friedensbewegung auf die Beine zu bringen](#). Dazu müssten die Friedensbewegten ideologische Fesseln ablegen, Kriege und Sanktionen ablehnen, Wehrhaftigkeit aber nicht verurteilen sowie die Interessen und Gesellschaftsmodelle anderer Staaten akzeptieren, um zu Partnerschaft und Ausgleich zu kommen. Es gehe nicht an, dass sich das deutsche Establishment ohne Widerspruch dazu ermutigt, auf das Grundgesetz zu pfeifen.

Mitschka beschreibt auch, wie in der digitalen Welt Kriegspropaganda betrieben wird.

[Jochen Mitschka](#), Jg. 1952, 2009 Rückkehr aus Asien, Gründer der Piratenpartei, Übersetzer, Autor unter verschiedenen Pseudonymen von Artikeln und Büchern über Politik und Gesellschaft Südostasiens; seit seinem Ruhestand (2017) schreibt er unter eigenen Namen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Erklärungen und Mitteilungen zur Absage der ‘Internationalen Münchner Friedenskonferenz’

In München wurde die in Konkurrenz zur ‘Münchner Sicherheitskonferenz’ geplante [Friedenskonferenz von der Stadt München untersagt](#), nachdem die Veranstalter nachfragten, ob sie einen anderen als den von der Stadt benannten Grußwortredner gesandt bekommen können. Der von der Stadt benannte Kandidat, Marian Offmann, ist ein ausgewiesener Befürworter von Militär. Als dieser von der Rückfrage des Veranstalters hörte machte er aus der Frage eine Ablehnung und erhob den Vorwurf, die Veranstalter der Friedenskonferenz hätten ihn eingeladen, weil er Jude sei, sie seien mithin Antisemiten. Daraufhin wurde die Friedenskonferenz von der Stadt verboten. Der bayrische Landesverband der DFG-VK forderte Offmann auf, “alle Unterstellungen von Antisemitismus oder Anti-Israelismus gegenüber dem Sprecher der DFG-VK, Thomas Rödl, sowie gegen alle anderen Personen und Organisationen des Trägerkreises, öffentlich zurückzunehmen“.

Der ‘Internationale Versöhnungsbund’ dagegen bedauert, dass die DFG-VK ihre Entscheidung gegen Offmann nicht zurückgenommen und sich entschuldigt hat.

[Inhalt](#) ↑

• Karin Leukefeld: Journalismus unter Druck

Karin Leukefeld ist seit Jahren die einzige deutsche Korrespondentin, die über eine jährlich zu erneuernde Akkreditierung in Syrien verfügt. Obwohl sie bis 2011 für Radiosender der ARD gearbeitet hatte, wurden ihre Berichte mit Beginn des Krieges immer mehr kritisiert und schließlich abgelehnt, weil sie nicht die gängig gewordene Wortwahl nutzte und z.B. weiter von ‘Präsident Assad’ statt vom ‘Schlächter Assad’ sprach. Heute kommen in den klassischen Medien keine oder nur sehr wenige von der Position westlicher Regierungen abweichende Berichte vor. Nie zuvor hätten in einem Krieg neuartige Formen von Berichterstattung eine so große Rolle gespielt wie im Syrienkrieg. Westliche Länder rüsteten in den Rebellengebieten sogenannte Bürgerjournalisten technisch mit eigenen Studios aus und übernahmen von ihnen Berichte, die meist nicht überprüfbare Informationen verbreiteten. Bei den Nachrichten von den sogenannten sozialen Medien wie Twitter und Facebook wurde nicht mehr nach der professionellen Qualifizierung der jeweiligen Quellen gefragt.

Frau Leukefeld selbst bekam keine Möglichkeit, aus den Rebellengebieten direkt zu unterrichten. Um trotzdem [dem journalistischen Gebot der neutralen Berichterstattung zu folgen](#), bemühte sie sich, Personen zu treffen und zu befragen, die aus diesen Gebieten geflohen waren oder die die Waffen niedergelegt hatten und sie besuchte auch Gebiete, die wieder unter die

Kontrolle der syrischen Armee gekommen waren, um dort die Menschen nach ihren Erfahrungen zu befragen. Des Weiteren bemühte sie sich, ein breit gefächertes und differenzierteres Bild der syrischen Opposition darzustellen, als es in den großen Medien geschah. (mit Video, 0h42)

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, *Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Paul Craig Roberts: Der Stand der Irankrise**

Trump's entsetzliche Entscheidungen und Erklärungen im Zusammenhang mit dem iranischen General Soleimani sind nach Paul Craig Roberts weitgehend ein Produkt der verletzlichen Position, in die Trump durch drei Jahre Bemühungen von CIA, FBI und der Demokratischen Partei, ihn aus der Präsidentschaft zu entfernen, gebracht wurde. Jetzt, da sich die Verwundbarkeit auf seine Gegner verlagert hat, [könnte Trump mit seiner Friedensagenda noch die Oberhand gewinnen, wenn sie ihn nicht physisch umbringen.](#)

Seymour Hersh, der Trumps Bereitschaft, ausländische Führer zu erreichen, unterstützt, findet, dass der Mord an Soleimani die [irakische Regierung unter den Druck](#) bringe, alle US-Amerikaner aus dem Land zu vertreiben. Zudem habe die iranische Quds-Truppe eine wichtige Rolle bei der Niederschlagung des IS in Syrien gespielt.

Nach Jason Ditz ist Soleimani in Bagdad im Rahmen laufender diplomatischer Bemühungen gelandet. Der iranische General sollte als Vermittler die [Antwort der iranischen Regierung auf eine Friedensbotschaft der saudischen Regierung](#) überbringen. Dies wird von Karin Leukefeld unter Berufung auf den amtierenden irakischen Ministerpräsidenten [Adil Abd al-Mahdi bestätigt](#).

[Paul Craig Roberts](#), Jg. 1939, ist Ökonom und Publizist. Er begründete als stellvertretender US-Finanzminister das wirtschaftspolitische Programm der Regierung Reagans ("Reaganomics") mit. Er war Mitherausgeber und Kolumnist des 'Wall Street Journal', Kolumnist von 'Business Week' und dem 'Scripps Howard News Service'. Er ist ein Kritiker der neoliberalen Wirtschaftspolitik, des Kriegs gegen den Terror und von Israels Politik gegenüber den Palästinensern. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Emran Feroz: Wie die "Mutter aller Bomben" Afghanistan verseucht hat**

Seit 2001 werden in Afghanistan US-Bomben abgeworfen. Seitdem treten in dem Land hauptsächlich Hautkrankheiten und starker Juckreiz auf. Insbesondere in der östlichen Provinz Nangarhar, wo im April 2017 die "Mutter aller Bomben" (größte nicht-nukleare Bombe des US-Militärs) angeworfen wurde, berichten Einwohner von mysteriösen Krankheiten, die seit der Detonation der Bombe regelmäßig auftreten. Zudem hat diese Bombe dort die Ackerflächen verseucht und [die Lebensgrundlage der Menschen zerstört.](#)

Die Menschen vor Ort sind sich bewusst, dass ihr Land als Waffentestgelände missbraucht wird. Nun haben mehrere afghanische Parlamentsabgeordnete das US-Militär an den Pranger gestellt und verlangen von den USA eine Entschädigung für die erkrankten Opfer.

[Emran Feroz](#), freier Journalist für verschiedene deutsche Medien, Blogger und Aktivist, Gründer des "[Drone Memorial](#)", einem virtuellen Denkmal für Drohnen-Opfer. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Sara Flounders: Hinter der US-Anti-China-Kampagne: Die Fakten über Xinjiang**

Die Provinz Xinjiang im Westen Chinas ist eine sehr trockene, gebirgige und noch weitgehend unterentwickelte Region, die über beträchtliche Öl- und Mineralreserven verfügt. Xinjiang ist die derzeit größte erdgasfördernde Region Chinas. Es ist die Heimat von verschiedenen ethnischen

Gruppen, einschließlich türkisch sprechender muslimischer Uiguren, Tibeter, Tadschiken, Hui und Han-Völker. Xinjiang grenzt an fünf zentralasiatische Länder, darunter Afghanistan und Pakistan, wo mehr als eine Million US-Soldaten und noch mehr Söldner, Auftragnehmer und Geheimagenten über vier Jahrzehnte in einem endlosen US-Krieg operiert haben.

Die Provinz ist ein wichtiges logistisches Zentrum für Chinas ehrgeizige 'Belt and Road Initiative' (BRI) und das Tor zu Zentral- und Westasien sowie zu den europäischen Märkten; die 'Southern Xinjiang'-Eisenbahnlinie ist bereits an das pakistanische Schienennetz angeschlossen. [Die US-Regierung steht dem gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklungsprojekt BRI zutiefst feindselig gegenüber](#) und unternimmt mit seiner Kampagne alles, um Chinas Pläne zu sabotieren. Diese Kampagne ist Teil des Zugriffs des US-Militärs auf Asien, zusammen mit den Drohungen der Marine im Südchinesischen Meer und der Unterstützung der separatistischen Bewegungen in Hongkong, Taiwan und Tibet.

In dieser Kampagne wird massiv gelogen und Gewalt angewendet,

- indem nicht-existierende UN-Berichte zitiert werden,
- indem NGOs gesponsert und instrumentalisiert werden,
- indem extremistische Uiguren für al-Qaida rekrutiert und in US-Gefängnissen gefoltert wurden.

China ist es dagegen gelungen, Terroranschläge in Xinjiang zu beenden, indem es versucht, die Bevölkerung in Bildung, Qualifizierung und eine rasche Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur einzubinden. Diplomaten, internationale Organisationen, Beamte und Journalisten, die nach Xinjiang gereist waren, um den Fortschritt der Sache der Menschenrechte und die Ergebnisse der Terrorismusbekämpfung und der Deradikalisierung zu beobachten, erklärten anschließend: "Was sie in Xinjiang sahen und hörten, widersprach völlig dem, was in den westlichen Medien berichtet wurde."

Wir sind bemüht ein realistischeres Bild von China zu ermöglichen, ohne damit die chinesische Politik abschließend zu bewerten. (Red.)

[Sara Flounders](#) ist eine amerikanische politische Schriftstellerin, die seit den 1960er Jahren im Bereich der fortschrittlichen und kriegsfeindlichen Organisation tätig ist. Sie ist Mitglied des Sekretariats der 'Arbeiter-Weltpartei' sowie Hauptleiterin des 'Internationalen Aktionszentrums'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Frank Schumann: **Ideologisches Zerrbild**

Was fällt einem bei China ein? Massenproteste in Hongkong, Umerziehungslager für die Uiguren, militärische und wirtschaftliche Expansion, kommunistischer Überwachungsstaat und politische Bevormundung, diktatorische Unterdrückung der Menschenrechte.

Unser Bild der Volksrepublik ist ziemlich klar konturiert, wir wissen Bescheid. Unser "Wissen" fußt allerdings nicht auf eigener Anschauung, sondern auf dem, [was uns hiesige Medien mitteilen](#). Das dort vorherrschende Bild ist sehr parteiisch und ideologisch durchtränkt, geformt aus westlicher Herablassung und fehlendem Willen, bei der Wahrnehmung der Welt eine andere als die zentraleuropäische Perspektive gelten zu lassen.

So wird China vorgeworfen, es treibe die afrikanischen Länder in eine Schuldenfalle; dabei arbeiten die Afrikaner mit China zusammen, weil sie die Schulden gegenüber dem Westen nicht mehr bezahlen können. Dabei ist bekannt, dass China in 16 der 40 analysierten Fälle die Schulden abgeschrieben, 11 Mal die Rückzahlungsfristen verlängert und in jeweils 4 Fällen eine Refinanzierung, eine Neuverhandlung der Konditionen oder einen Abbruch der Zahlungen vereinbart hat. Von den 17 afrikanischen Staaten, die derzeit in einer Schuldenkrise stecken, stehen lediglich 3 vornehmlich bei den Chinesen in der Kreide.

Sodann gibt es das Angstgeschrei wegen der chinesischen Militärmacht. Dabei hat China eine einzige Militärbasis außerhalb der eigenen Grenzen: in Djibouti, wo auch Frankreich, Japan,

Italien, Spanien und Deutschland schon lange präsent sind. Im Kampf gegen Terroristen scheinen die Chinesen weniger brutal vorzugehen als die USA; die Chinesen setzen auf Aufklärung, also Umerziehung. Und Hongkong? Wünschen sich dort manche die Kolonialzeit wieder zurück? Geht es dort echt um Demokratie oder um innere Einmischung?

[Frank Schumann](#), Jg. 1951, Diplomjournalist, von 1978 bis 1991 bei der auflagenstärksten Tageszeitung der DDR, der 'Jungen Welt'; Verleger mehrerer Hundert Bücher und Verfasser von Sachbüchern. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Werner Rügemer: **Hongkong – der neue Systemkonflikt**

Hongkong wurde 1997 [nach dem Muster "Ein Land, zwei Systeme"](#) als Sonderverwaltungszone wieder Teil des chinesischen Staates, der für Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlich wurde. Kapitalistisches Privateigentum an Unternehmen und Boden sowie neokoloniales Recht bleiben erhalten, das auf den seit 1699 gegebenen britischen Zugriff zurückgeht.

Damit auch das in Indien angebaute Opium via Hongkong nach China exportiert werden konnte, unterwarf England mit weiteren Kolonialmächten China im sog. Opiumkrieg. Millionen opiumsüchtige Chinesen vegetierten dahin und starben – die Gewinne des in der Kronkolonie Hongkong sitzenden Briten Jardine Matheson stiegen jahrzehntelang ins Unermessliche. Die Kronkolonie wurde die Bastion für die Durchsetzung der "Open door"-Politik und war noch undemokratischer als die Monarchie im Mutterland.

Als 1912 in China das Feudalsystem abgeschafft wurde, und auch als 1949 die Volksrepublik China ausgerufen wurde, waren die Feudalherren als auch die westlich verbundenen Großkapitalisten in Hongkong hoch willkommen. Als dort in den 1960er Jahren Proteste u.a. gegen Niedriglohn und Kinderarbeit brutal niedergeschlagen wurden, gab es im Westen keine Proteste. Vielmehr siedelten sich Banken, Konzerne, Berater, Generalkonsulate und Handelskammern in "einer der einflussreichsten Wirtschaftsorganisationen im asiatisch-pazifischen Raum" an. Die Bankenkonzentration wird höher als in der 'City of London'. Die Unternehmenssteuern sind mit 16,5% die niedrigsten in der westlichen Welt. Die Währung Hongkong-Dollar ist an den US-Dollar gebunden. Der größte Konzern, Jardine Matheson Holdings, wurde mit den Gewinnen des Opiumhandels aufgebaut und ist heute der größte Aktionär der Rothschild-Bankengruppe. Die heute in London ansässige größte Bank HSBC, die in der Schweiz als kriminelle Organisation eingestuft wird, wurde 1865 in Hongkong gegründet.

Hongkong ist heute nicht nur selbst Steueroase, sondern der Mittelpunkt eines Steueroasennetzes mit untereinander verschalteten Briefkastenfirmen. Professionelle Finanzkriminalität wird als Standortvorteil angesehen. Hongkong hat unter seinen sieben Millionen Einwohnern die größte Dichte an Superreichen.

Wenn heute westliche Regierungen und Leitmedien die von den Protestbewegungen in Hongkong erhobenen Forderungen nach Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstützen, so ist das nach Werner Rügemer heuchlerisch. Hongkong ist auch seit der Rückgabe an China 1997 keine parlamentarische Demokratie und kein demokratischer Rechtsstaat: Gerade darauf haben Großbritannien und der gesamte Westen bestanden. Sogar bürgerliche Menschenrechte wie die jetzt in Hongkong hochgehaltenen Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit lehnen die westlichen Banken, Konzerne, Berater und Staaten überall auf der Welt als verbindlich ab und verletzen sie bei Bedarf.

[Werner Rügemer](#), Jg. 1941, Publizist, Buchautor, Referent, Berater, Stadtführer; thematische Schwerpunkte: Internat. Kapital- u. Arbeitsverhältnisse, Privatisierung u. Unternehmenskriminalität sowie die Entwicklung des Weltsystems nach Prinzipien des Völkerrechts u. der Menschenrechte; Vorstandsvorsitzender der 'aktion gegen arbeitsunrecht', Beirat von 'attac Deutschland' und Mitbegründer der Initiative 'Gemeingut in BürgerInnenhand' (gib). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- James O'Neill: **Das gegenwärtige Missverhalten des Westens hat eine lange Geschichte**

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die westlichen politischen Führer die Auslösung eines Krieges zum obersten internationalen Verbrechen erklärt. Der amerikanische Chefsyndikus des Nürnberger Tribunals Robert Jackson erklärte, die Nürnberger Prozesse stellten "das Völkerrecht eindeutig auf die Seite des Friedens und gegen aggressive Kriegsführung".

Trotzdem haben die westlichen Großmächte seit 1945, vor allem, aber nicht ausschließlich, die Vereinigten Staaten von Amerika fast ununterbrochen Krieg geführt. Die bekanntesten Beispiele dafür sind der Koreakrieg (1950-53), der Vietnamkrieg (1945-1975), Afghanistan (seit 2001), Irak (seit 2003) und Syrien (seit 2008).

In vielen dieser Kriege hat der US-Imperialismus nicht davor zurückgeschreckt, auch Kriegsverbrechen zu begehen. Z.B. im Koreakrieg hat das US-Militär Nordkoreas zivile Infrastruktur und Kapazitäten zur Nahrungsmittelproduktion zerstört. In Vietnam setzten sie eine ganze Reihe chemischer und biologischer Mittel ein, deren Einsatz wiederum Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung waren. Dabei gilt, dass die Täter dieser Kriegsverbrechen nach einem inzwischen offensichtlich allgemein gültigen Muster völlig immun gegen eine strafrechtliche Verfolgung sind. Ein Artikel in der US-Publikation 'Foreign Policy' (21. Mai 2019) mit dem Titel "Amerika liebt es, seine Kriegsverbrecher zu entschuldigen" ist für O'Neill eine perfekte Zusammenfassung der Realität.

Es [gibt jedoch einige ermutigende Anzeichen dafür, dass die Ära des gesetzlosen Banditentums sich ihrem Ende nähert](#). Der Autor bezieht sich auf den raschen Aufstieg Chinas, der durch eine Vielzahl von Initiativen erfolgt, von denen das Projekt 'Neue Seidenstraße' die größte und bekannteste ist. Es gibt eine Vielzahl anderer wirtschaftlicher und politischer Initiativen, die wirklich transformativer Natur sind.

Für das Jahr 2020 bieten diese Initiativen von China im Osten bis zu Russland im Westen und darüber hinaus die besten Aussichten auf eine stabile Welt.

[James O'Neill](#), ein seit 1984 in Australien praktizierender Rechtsanwalt, der auch bei der UN in Genf arbeitete; Interessensschwerpunkte: geopolitische Fragen, internationales Recht, Menschenrechte und Kriegsrecht; veröffentlicht bei 'New Eastern Outlook', Counterpunch, 'New Matilda' und weiteren Medien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jon Hellevig: **Kapitalismus in Amerika: Wie ein miserables Zehntel Amerika komplett ausraubt**

Für Jon Hellevig ist es nicht mehr zu verbergen, die [USA zu einer oligarchischen Bananenrepublik mit Nuklearwaffen geworden](#) sind, mit einer Monopol-Währung, die es ihr erlaubt, seit einem halben Jahrhundert die Märkte zu manipulieren. Aber jetzt seien die USA nur noch ein paar Stunden vom Finale entfernt. Der Aktienmarkt sei eine von der Zentralbank aufgeblasene Vermögensblase, das BIP-Wachstum eine Illusion, die Inflation künstlich auf niedrige Werte runtergerechnet und die niedrige Arbeitslosenzahl eine auf irreführenden Statistiken basierende Chimäre. In Wirklichkeit haben mindestens zwei Drittel der Bevölkerung dramatische Einbrüche im Lebensstandard erlebt und die Hälfte sei wieder auf dem Niveau von stehen gebliebenen Entwicklungsländern. Um dies zu belegen bringt Hellevig viele Zahlen und Grafiken aus offiziellen Quellen der US-Regierung und amerikanischen Experten, die sie analysieren. So besitzt z. B. die Hälfte der Amerikaner nichts von echtem Wert und hätten Schwierigkeiten, auch nur 400 Dollar für eine unerwartete Ausgabe aufzutreiben.

[Jon Krister Hellevig](#) (Jg. 1962), finnischer Rechtsanwalt und Geschäftsmann, der seit Anfang der 1990er Jahre in Russland tätig ist; Autor von Büchern über die russische Gesetzgebung und Gesellschaft sowie Kolumnen für russische Medien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Gaby Weber: **Chile: Die "Flaites" kämpfen als die neuen Akteure an vorderster Front**

Die am 18.10.2019 in Chile ausgebrochene unerwartete Revolte entzündete sich an den U-Bahn-Preisen. [Jeden Freitag wird auf der Plaza Dignidad demonstriert](#) – nicht mehr wegen der Fahrpreise, sondern wegen eines neuen Gesellschaftsmodells, einer neuen Verfassung. Der Neoliberalismus soll beerdigt werden. Die Parteien und Gewerkschaften sind außen vor; die Akteure gehen meist keiner geregelten Arbeit nach und kämpfen auch für die Mittelschicht. Präsident Sebastián Piñera stufte die gewaltsamen Proteste als "Krieg" ein und setzte das Militär ein. Doch trotz der zahlreichen Toten und Verletzten halten die Proteste an. Piñera steht unter dem Druck der im Hintergrund agierenden Militärs, die den Politikern ein Ultimatum von 48 Stunden diktierten, um die Situation zu befrieden.

Die Politiker beschlossen so eine Volksabstimmung für Ende April 2020, bei der die Chilenen erklären sollen, ob sie erstens eine neue Verfassung wollen und zweitens ob die verfassungsgebende Versammlung nur aus Bürgern oder zur Hälfte auch aus Politikern bestehen soll. Im Oktober sollen die Mitglieder der Versammlung gewählt werden, die dann ein Jahr Zeit haben, um eine neue Magna Charta zu erarbeiten. Da die Protestbewegung keine Sprecher, keine sichtbaren Köpfe hat, werden von ihr kaum welche zur Wahl stehen. Daher wird die Protestbewegung Piñeras Plebiszit mit großer Mehrheit boykottieren. Sie will nach den Sommerferien, also ab März, das Land durch noch massivere Proteste lahmlegen.

Ein Plebiszit über die Inhalte einer künftigen Verfassung hätte wahrscheinlich eine Mehrheit gefunden, also eine Volksabstimmung über den Vorschlag eines staatlichen, allgemeinen und solidarischen Renten-, Gesundheits- und Bildungssystems. Doch der Plan Piñeras sieht genau das nicht vor. Er will über diese Fragen diejenigen debattieren lassen, die 30 Jahren lang nichts geändert haben.

Die Radikalisierung und Gewalt bei den Protesten finden wir hoch problematisch; woher diese Gewalt kommt, wird nicht klar. (Red.)

[Gaby Weber](#), Jg. 1954, Magister und Promotion an der Freien Universität Berlin, ist seit 1978 hauptberufliche Journalistin, arbeitete zuerst für den Stern und ab 1981 für die ARD. Seit 1985 ist sie freiberuflich als Südamerika-Korrespondentin tätig. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Marco Wenzel: **Die Rentenreform in Frankreich**

Nach offizieller Lesart der französischen Regierung soll mit der Rentenreform das komplizierte Rentensystem in Frankreich, bestehend aus 42 verschiedenen Rentenkassen und Regelungen, vereinfacht, eine einheitliche Kasse für alle Berufe geschaffen und das Milliardendefizit der Rentenkassen abgebaut werden. Das wäre an sich ja nicht unvernünftig, das leuchtet ein. Aber geht es auch darum? Das von Macron durchgepeitschte Arbeitsmarktgesetz ging zu Lasten der Arbeitnehmer, das Finanzgesetz zu Lasten der Sozialleistungen und die Bahnreform zu Lasten der Beschäftigten; profitiert haben die Unternehmen und Investoren. Bei der von langer Hand vorbereiteten Rentenreform geht es vor allem darum, [dem Finanzkapital den Zugang zum Rentenmarkt freizuschließen und neue Märkte zu eröffnen](#). Es geht nicht darum die zu geringen Renten aufzubessern. Die Branche der privaten Rentenversicherer, einschließlich 'Black Rock', rechnet mit zusätzlichen 100 Mrd. Euro Einnahmen in den nächsten 4 Jahren. Die Defizite der Rentenkassen werden eher steigen als sinken; bezahlen sollen das die Versicherten damit, dass sie eben zwei Jahre länger arbeiten müssen. Macron will das Gesetz zur Rentenreform trotz aller Streiks und Proteste ab dem 17.02.2020 ins Parlament bringen und [vor den Sommerferien vom Parlament beschließen lassen](#).

In seiner Neujahrsansprache ließ Präsident Emmanuel Macron [keine Zweifel daran, die Rentenreform durchzuziehen](#). Er erwarte einen "schnellen Kompromiss mit denen, die ihn wollen". Autoritär und zynisch ignorierte er die Sorgen und Nöte im Lande. "Diese Missachtung werde der sozialen Bewegung Auftrieb geben", so die 'Humanite' am 02.01.2020. Und die von 'Le Figaro'

beauftragte Agentur Odoxa bestätigte am 03.01.2020, dass trotz der historisch langen Dauer des Konflikts und der schwierigen Lebensumstände 61% der Franzosen die Mobilisierung gerechtfertigt finden und nur 29% Macrons Projekt unterstützen.

[Marco Wenzel](#), Jg. 1957, Studium der Elektrotechnik, war für im Bereich Medizintechnik auf Montage und als Serviceingenieur weltweit tätig; arbeitete 15 Jahre als Gewerkschaftssekretär in der Mitgliederberatung im Bereich Arbeits- und Sozialrecht; seit 2018 Mitarbeiter der NachDenkSeiten (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Werner Rügemer: **Die Entfesselten**

Bei der Suche nach den [Schuldigen für den derzeit grassierenden Wohnungsnotstand](#), landet man früher oder später bei Helmut Kohl. Er war es, der im Jahr 1988 zusammen mit CDU, CSU und FDP die Gemeinnützigkeit der Genossenschafts- und Werkswohnungen abschaffte. Aber erst die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer setzte die Welle dann richtig in Gang. Nur ein Beispiel: 2004 verkaufte die Bundesregierung die 82'000 Wohnungen der Gagfah, der Wohnungsgesellschaft der Bundesanstalt für Angestellte, und 65'000 Eisenbahnerwohnungen. Die Berliner Landesregierung von SPD und PDS mit Finanzsenator Thilo Sarrazin verkaufte 65'000 Wohnungen. Die CDU-FDP-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen verhökerte 91'000 Wohnungen aus öffentlichem Besitz, Thyssenkrupp verscherbelte 48'000 Werkswohnungen, der Energiekonzern Eon 138'000. Noch 2012 bot die Landesregierung aus Grünen und SPD in Baden-Württemberg 21'000 Wohnungen zum Verkauf an, noch 2013 die CSU in Bayern unter Ministerpräsident Seehofer und Finanzminister Söder 33'000 Wohnungen.

Nach Werner Rügemer muss dafür gesorgt werden, dass Spekulanten keine Nullzins-Kredite mehr von der EZB erhalten, dass Steuerflucht bekämpft, 'Share Deals' abgeschafft und direkte und indirekte Wohnungskartelle verboten werden. Zudem müssten die Wohnungszweckentfremdung durch Plattform-Vermittler gestoppt, falsche Nebenkosten-Abrechnungen bestraft, Luxussanierungen einen Riegel vorgeschoben sowie das Umlegen von Modernisierungskosten auf die Mieter verhindert werden. Zugleich müsste das Personal in den Bau- und Aufsichtsbehörden der Kommunen erheblich aufgestockt werden. Schließlich brauche es öffentliche Wohnungsgesellschaften, die eine öffentlich finanzierte Neubauoffensive angehen.

[Werner Rügemer](#), Jg. 1941, Publizist, Buchautor, Referent, Berater, und Stadtführer; thematische Schwerpunkte: Internationale Kapital- und Arbeitsverhältnisse, Privatisierung und Unternehmenskriminalität sowie die Entwicklung des Weltsystems nach Prinzipien des Völkerrechts und der Menschenrechte; Vorstandsvorsitzender der 'aktion gegen arbeitsunrecht', Beirat von 'attac Deutschland' und Mitbegründer der Initiative 'Gemeingut in BürgerInnenhand' (gib). (Red.)

[Inhalt](#) ↑